

Wir ärgern uns sehr über den Alleingang des ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministers, der abweichend von den Regeln der Regierung durch sein Votum auf EU-Ebene die Verlängerung der Nutzungserlaubnis von Glyphosat möglich gemacht hat. Kleingärten sind noch stärker als Hausgärten häufig durch Einträge von Pestiziden und Düngern belastet (dies steht durchaus im Widerspruch zum Anspruch der Grüngürtelringe). Ein Schritt kann sein, in Pachtverträge künftig ein Pestizid-Verbot aufzunehmen.

Man kann ebenfalls zwar versuchen, den lokalen Handel mit ins Boot zu holen (beim Verzicht auf Plastiktüten scheint dies zu funktionieren), aber hat natürlich wenig Einfluss auf Versandhandel und den Einzelhandel an anderer Stelle. Eine Überprüfung von Haus- und Kleingärten scheint unrealistisch.

Eine „Kiel wird pestizidfreie Kommune“ würde unsere Unterstützung haben, wobei sie – realistisch betrachtet – überwiegend im eigenen Bereich umsetzbar ist, also z.B. beim Grünflächenamt. Ob sich externe Unternehmen daran halten (z.B. die DB Netz AG, die regelmäßig Bahnanlagen mit Pestiziden und „Unkraut“-Vernichtern „säubern“) oder Privatleute in ihren Gärten die Regeln beachten, kann durch die Kommune kaum beeinflusst werden.